



WETZLARER ECHO

AUSGABE MAI/JUNI 2023

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP)

Inhalt

Seite 2: Zum Wetzlarer "Ukrainerlager"

Seite 3: Bildungsveranstaltungen der DKP

Seite 4: DKP tritt zur Landtagswahl in Hessen an

Buderus: Nur Widerstand hilft

Wenn es nach den Wünschen der Unternehmen ginge, wären wir nichts anderes als Austauschware und im Zuge von Wirtschaftskrisen und einem Wandel in der Industrie gerade so verschieb- und abbaubar, wie es gerade passt.“ So beschreibt die IG Metall ebenso nüchtern wie zutreffend die Lage der Beschäftigten bei Buderus Edelstahl. Das zum österreichischen Stahl- und Technologiekonzern Voestalpine gehörende Unternehmen will rund 180 Vollzeitstellen am Standort Wetzlar streichen. Die geplante Arbeitsplatzvernichtung in der alten Industriestadt an der Lahn ist kein Einzelfall. So funktioniert landauf landab „Transformation der Wirtschaft“, wenn man die Prozesse (allein) den Vorstellungen der Kapitalseite überlässt. Statt den technologischen Fortschritt für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu nutzen, stehen Profite und Dividendenausschüttungen an die Aktionäre im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entscheidungen in den Vorstandsetagen. Um dies zu ändern, helfen weder guten Argumente noch Appelle an die vermeintliche „Sozialpartnerschaft“, sondern nur entschlossener Widerstand.

Ulf Immelt



Streik der Nachtschicht bei Buderus Guss im November 2022 (Foto: Ulf Immelt)

Was passiert mit den Industriearbeitsplätzen?

Arbeitskämpfe im hiesigen Landkreis erregen für gewöhnlich kaum die Aufmerksamkeit der überregionalen Presse.

Zwischen Herborn, Dillenburg und Biedenkopf sind es aufgrund der Größe der Betriebe meist „nur“ einige Hundert. Die Metaller hier kämpfen aber nicht weniger entschlossen als ihre Kolleginnen und Kollegen in Baunatal (VW) oder Rüsselsheim (Opel) für ihre Interessen. Hier ist es nicht ein Betrieb, von dem die Zukunft einer ganzen Region abhängt, sondern ein Mosaik aus Betrieben der Metall- und Elektroindustrie, die die Wirtschaftsstruktur im „kleinen Ruhrgebiet“ zwischen Lahn, Dill und Sieg bestimmt. Immerhin ist hier jeder zweite Gewerkschafter in der IG Metall organisiert. Unter den Betrieben in unserer ländlich geprägten Region gibt es Unternehmen, die in ihrer Nische Weltmarktführer sind. So ist Sell in Herborn einer der bedeutendsten

Hersteller von Flugzeugküchen. Auch eines der ersten „Industrie-4.0-Werke“ in Deutschland wurde in Haiger errichtet. Häufig gehören diese Betriebe international agierenden Konzernen oder Aktiengesellschaften. Nicht wenige wechseln innerhalb weniger Jahre mehrmals den Besitzer. In der Folge müssen sich die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft immer wieder gegen Umstrukturierungsmaßnahmen, Stellenabbau und Werkschließungen wehren. Nicht immer gelingt das. Man denke an den Schaltschrankhersteller Rittal. Die Werke in Herborn, Rennerod, Wisenbach und Burbach wurden geschlossen, alle 850 Arbeitsplätze an den vier Standorten sind weg. Die Lehre aus solchen Niederlagen kann aber nicht sein, sich einfach einem wie auch immer gearteten „Strukturwandel“ zu fügen. Im Gegenteil: Je enger die Beschäftigten zusammenstehen, desto mehr Chancen hat unsere Region.

Ulf Immelt



Kommentar: So erbärmlich wie gefährlich

Wir erleben derzeit eine erbärmliche deutsche Bundesregierung, die sich widerspruchslos US-imperialen Kriegsstrategien gegen China und Russland unterordnet, den staatsterroristischen Akt der Sprengung der Nordstream-Gas-Pipeline (gemäß dem US-Journalisten Seymour Hersh eine von Joe Biden persönlich angeordnete Aktion) klaglos hinnimmt und die Eskalation des Krieges – bis hin zu einem atomaren Inferno – in Kauf nimmt. Dass demokratische Grundprinzipien wie das Budgetrecht des Parlamentes mit der Verkündung des „100-Mrd. – Sondervermögens“ zur weiteren Militarisierung unseres Landes per ‚Ordre de Mufti‘ mal eben suspendiert werden, fällt hierzulande kaum noch auf. Die USA werden durch die Russland-Sanktionen ihr dreckiges Fracking-Gas los und hängen dem imperialistischen Junior-Partner BRD eine Stahlkugel ans Bein. Übrigens: Die Nato wurde 1949 gegründet, um „die Russen draußen aus Europa zu halten, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten“ (Lord Hastings Ismay, britischer General). Ist hierzulande vom Schutz der Freiheit, von Demokratie und Menschenrechten in der Ukraine die Rede, geht es in der Sache um den Zugriff auf den fruchtbaren, ursprünglich volkseigenen ukrainischen Schwarzerde-Boden. „Der Krieg ist für Geschäfte – und statt Käse ist’s mit Blei“, notierte Bert Brecht in seinem Antikriegsdrama „Mutter Courage“.

Klaus Petri

Zum Wetzlarer „Ukrainerlager“

Im Sommer 1915 wurde das südöstlich von Wetzlar gelegene Büblingshäuser „Barackenlager“ in ein streng geheimes Umerziehungslager umgebaut. Heute dient es als Begründung für eine besondere Verpflichtung unserer Stadt, der von Russland bedrängten Ukraine „beizustehen“. Eine falsche Logik.

Als „Imperialismus“ wird in den Geschichtsbüchern jene geschichtliche Epoche bezeichnet, in der die entwickelten kapitalistischen Länder (um 1900: GB, F, D, USA, Japan u.a.) weit über ihre eigenen Staatsgrenzen hinausgehende Ansprüche erhoben, ihren Bedarf an Rohstoffen, Arbeitskräften, Absatzmärkten und Profitquellen zu befriedigen – und sei es mit militärischer Gewalt. Zig Mio. Tote und gigantische Zerstörungen zeichnen die beiden Weltkriege ebenso aus wie die Barbarisierung im Denken und Handeln raffgieriger Eliten der vermeintlich „zivilisierten Kulturvölker“.

In Erwartung des baldigen Zusammenbruchs des russischen Zarenreiches hatte sich die kaiserliche Heerführung im ersten Weltkrieg die Ukrainer als Hilfwillige für ein deutsch-beherrschtes Kolonialland in Osteuropa ausgeguckt. Ein späterer ukrainischer Staat sollte als „Kornkammer“ für Deutschland und Österreich-Ungarn dienen. Im Rahmen dieser Strategie wird im Sommer 1915 das Büblingshäuser „Barackenlager“ in ein streng geheimes Umerziehungslager für 10.000 „Edel-Gefangene“ (Gäste des Kaisers) umgebaut. Ein federführender Ausschuss mit dem westukrainischen Lehrer und Vortragsredner Omeljan Terleckyj will aus „pharaonischen Sklaven“ „bewusste Ukrainer“ und somit „freie Menschen“ machen. Im Interesse des deutschen Heeres und der deutschen Industrie. Der Versailler Vertrag und der Verlauf des russisch-ukrainischen Bürgerkrieges (1918-21) machte diese Planungen gegen-

standslos. Vom einstigen Ukrainerlager blieb nicht viel übrig. Die rund 500 Verstorbenen des Gefangenenlagers (248 fielen 1918 der grassierenden ‚Spanischen Grippe‘ zum Opfer) wurden in einer „Russenfriedhof“ genannten Begräbnisstätte beigesetzt. Ihrer wird mit dem im August 1919 eingeweihten „Ukrainerdenkmal“ an der Friedhofsmauer entlang der Frankfurter Straße gedacht.

Gemäß der FDP-Postille „Wetzlarer Depesche“ resultiert aus der Episode „Ukrainerlager“ eine besondere Verpflichtung unserer Stadt, der von Russland bedrängten Ukraine „beizustehen“. In dieser Logik beschloss das Wetzlarer Stadtparlament am 23. Februar 2023 eine „Europäische Solidarpartnerschaft“ mit einer (noch zu findenden) ukrainischen Stadt. Der Beschluss ist akzeptabel, die zugrundeliegende Logik nicht. Aus der Geschichte des ersten Weltkrieges, der maßgeblich vom deutschen Kaiserreich vom Zaum gebrochen wurde, und aus der Geschichte des sog. Ukrainerlagers im Besonderen, ergibt sich vielmehr die Verpflichtung für unsere Stadt, dem Bestreben zu widerstehen, den vermeintlichen Erzrivalen Russland „in die Knie zu zwingen“ bzw. „wirtschaftlich zu ruinieren“ (Außenministerin Annalena Baerbock). Dass es der FDP nur vordergründig um einen friedlichen Beistand mit einer Partnerstadt geht, belegen die Aussagen von Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Sprecherin des ‚verteidigungs‘politischen Ausschusses des Bundestages. Die Dame drängt auf Eskalation! Sie propagiert den Sieg der Ukraine über Russland mit Hilfe unbegrenzter Militär-Technik der NATO-Staaten. Frau Strack-Zimmermann ist außerdem eine ausgewiesene Rüstungslobbyistin und sitzt im Aufsichtsrat mehrerer Rüstungskonzerne, u.a. der Firma Rheinmetall. Dort knallen angesichts der Scholz’schen „Zeitenwende“ jetzt die Sektkorken.

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen!

Die DKP Lahn-Dill führt in loser Folge öffentliche Bildungsveranstaltungen zu politischen, ökonomischen und philosophischen Fragen durch.

Was ist die Gesellschaft, was sind Klassen, welche Funktion hat der Staat? Die Antworten auf diese Fragen haben einen unmittelbaren Einfluss auf unser politisches Handeln. Sie prägen unser Bild davon, welche sozialen und demokratischen Rechte wir beanspruchen, welche Forderungen wir daraus ableiten und für welche Gesellschaft wir streiten wollen. Mit diesen Fragen setzte sich im Frühjahr unser Referent Dr. Wolfgang Trunk (Bildungswissenschaftler) zusammen mit einem interessierten Publikum auseinander. Mit dem Ergebnis: Marxistisches Denken ist gerade in einer Zeit zwingend notwendig, in der täglich Unmengen scheinbarer Fakten ohne jegliche Einordnung auf uns niedergehen. Zudem kommt in Kriegszeiten der bürgerlichen Presse die Fähigkeit

zum demokratischen Diskurs abhandeln, wie der ehemalige Chefredakteur der Tageszeitung junge Welt, Dr. Arnold Schölzel, auf unserer Veranstaltung zum Begriff des Imperialismus hinwies. Wer zudem die Widersprüche einer Epoche nicht versteht, kommt in Schlüsselfragen zu falschen Einschätzungen. Konkretisiert wurde das in einer Veranstaltung mit dem Autor Klaus Wagener, der sein Buch „Die Erosion eines Giganten: US-Hegemonie oder multipolare Weltordnung?“ vorstellte. Demnach haben wir es mit einem globalen Epochenwechsel zu tun, dem Ende der globalen Vorherrschaft des Westens, der aktuell auch im „hybriden Machtkampf des kollektiven Westens gegen Russland und in Zukunft wohl auch gegen China“ zum Ausdruck komme.

Interessierte können Thema, Ort und Zeit der nächsten Bildungsveranstaltung gerne erfragen: lahn-dill@dkp.de
www.lahn-dill.dkp.de

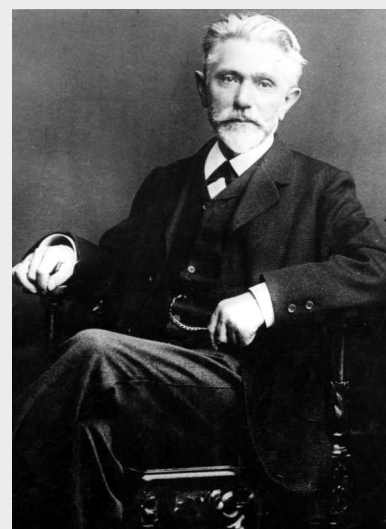


Bild: August Bebel (1901, Fotografie von Karl Pinkau, Bundesarchiv). Lizenz: CC BY-SA-3.0

„Es ist ein ökonomisches Gesetz, daß mit der Konzentration der Betriebe und steigender Produktivität die Zahl der Arbeiter relativ abnimmt, dagegen konzentriert sich der Reichtum prozentual zur Gesamtbevölkerung in immer weniger Händen.“

August Bebel (1840-1913) war einer der Begründer der deutschen Sozialdemokratie und verbrachte seine Jugend und Lehre in Wetzlar.

Mehr für den Öffentlichen Dienst!

Die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst sind zu Ende. Ein einmaliger Inflationsausgleich und eine Lohnerhöhung sind als Kompromiss herausgekommen.

Für die Pflegekräfte, Busfahrer, Beschäftigte bei der Müllabfuhr, Erzieherinnen und Erzieher, die KollegInnen in allen Ämtern ist das ein wichtiges Ergebnis. Angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen ist es aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Strukturelle Probleme wie Personalmangel bleiben ungelöst. Die Lohnerhöhungen können außerdem die galoppierende Inflation kaum ausgleichen. Dabei wären bessere Tarifabschlüsse bezahlbar, wenn man an der Rüstung sparen und Reichtum höher besteuern würde.

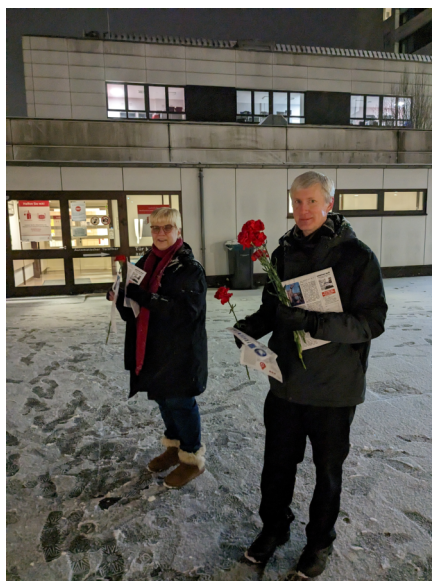


Bild: Die DKP Lahn-Dill verteilt am Weltfrauentag Nelken an die Frauen von der Frühschicht des Wetzlarer Klinikums.

Anzeige



Unsere Zeit: 6-Wochen-Abo zum Kennenlernen!

unserer-zeit.de
uzshop.de

Landtagswahl 2023: Deine Stimme für die DKP

Die DKP kandidiert für die
Landtagswahlen am 08. Oktober
2023.

Wir möchten denjenigen
Menschen eine Stimme
verleihen, deren Interessen von
den etablierten Parteien nicht mehr
vertreten werden: die arbeitenden
und arbeitslosen Menschen, die
Rentnerinnen und Rentner und die
Jugend. Denn Kriegspolitik, Sozial-
und Demokratieabbau nutzen nur
den Reichen!
Wer uns unterstützt, stärkt damit
folgende Forderungen:

Abrüsten statt Aufrüsten!

KEINE Aufrüstung der Bundeswehr,
KEINE Auslandseinsätze der
Bundeswehr, KEINE
Bundeswehrwerbung!

Das Problem heißt: NATO!

Die Menschen in diesem Land
wollen keinen Krieg! NEIN zu
Waffenlieferungen in die Ukraine,
NEIN zur weiteren Konfrontation
mit Russland! Frieden mit Russland
und China!

NEIN zum Wirtschaftskrieg gegen Russland!

Die Sanktionen treiben die Preise –
weg damit!

Geld für Soziales, Bildung und Gesundheit statt für Rüstung!

100 Milliarden für Mietpreislösung
& Sozialwohnungen, für mehr
Personal in Gesundheit, Erziehung
und Bildung, für den Ausbau des
ÖPNV auch auf dem Land!



Formulare für Stützungsunterschriften können hier
bezogen werden:
dkp-hessen.de/landtagswahl2023



Martina Lennartz, Stadtverordnete in Gießen.

"Im Gießener Stadtparlament
stelle ich mich gegen
Sozialabbau und Privatisierung,
aber mein Schwerpunkt ist in
der Friedens- und
Frauenbewegung."



Bernd Blümmel, IT-Spezialist aus Darmstadt.

"Ich setze mich dafür ein, dass
die Menschen ihre Belange
selbst in die Hand nehmen, um
Krisen und Kriege zu beenden,
also für Sozialismus."



Cathrin Bodentröder, Gewerk- schafterin aus Marburg.

"Ich bin Auszubildende bei der
Bahn, politisch bin ich in der
JAV aktiv für mehr Mitbestim-
mung im Betrieb und bessere
Ausbildungsverhältnisse."

Kontakt

DKP Lahn-Dill
E-Mail: lahn-dill@dkp.de
Web: www.lahn-dill.dkp.de

V.i.S.d.P.: Walter Schäfer,
c/o DKP Hessen, Schönstr. 28,
60327 Frankfurt

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Jetzt 6 Wochen gratis probe
lesen – digital & print

unsere-zeit.de
uzshop.de

